

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 32 (1991)
Heft: 10

Artikel: Die Mittelposition : aus der Debatte innerhalb der KPdSU
Autor: Röder, Siegfried
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1093292>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

geschah jedoch zu spät. Die Preissteigerung kann die Haushaltsprobleme erleichtern, sie kann jedoch keinen Umbruch herbeiführen, weil die Aussichten sowohl für die staatlichen als auch für die neuen privaten Unternehmen zu unbestimmt sind. Zickzacks in der Regierungspolitik, die allmähliche Gewöhnung der Bürger nicht nur an die Rationierung und das Sinken des Lebensstandards, sondern auch an Preissprünge – das ist die Entwicklungsvariante, in der wir eigentlich schon leben.

Das dritte Szenarium ist nur aufgrund einer Vereinbarung zwischen den Republiken möglich. Die Krise soll durch einen ganzen Komplex von Massnahmen bekämpft werden, die Stabilisierungsmassnahmen dürfen, jedoch die Orientierung auf die Entwicklung einer Marktwirtschaft nicht verdecken. Das Antikrisenprogramm darf nur mit Rücksicht auf die neue politische, vor allem aber die neue sozialpsychologische Situation in der Gesellschaft, insbesondere nach der Preiserhöhung, erarbeitet werden.

Der Präsident der UdSSR erklärte sich beim Treffen mit den Bergleuten am 3. April mit dem Standpunkt des Ökonomen Jewgeni Jassin einverstanden, dass die Inkompetenz der Führung eine der Krisenursachen gewesen sei. Die Fähigkeit der Regierung, die Situation zu prognostizieren und kompetente Entscheidungen zu treffen, nahm allmählich zu, die Kompliziertheit der Probleme nahm jedoch mit geometrischer Progression zu, die Kluft zwischen Administration und Ökonomie wurde deshalb immer weiter. Die Machtfrage wurde aus diesem Grunde zu einem ökonomischen Problem: Jassin und andere Experten wurden ja all die Jahre nur als Verfasser von Berichten und Denkschriften herangezogen, die Entscheidungen trafen immer andere Personen. Kann man die UdSSR mit Hilfe solcher «Denkschriften» aus der Krise herausführen?!

Eines der Schlüsselprobleme bei der Überwindung der Krise (nicht nur der politischen, sondern auch der ökonomischen) ist das Vertrauen der Gesellschaft zur Regierung. Das Programm «500 Tage» bleibt nicht so sehr wegen seines realen Inhalts populär (nur wenige haben die 300 Seiten Text gelesen), sondern aus dem Grunde, weil man darin eine Chance für alle sah. Laut Umfragen sprachen sich bis zu 80 Prozent der Bevölkerung für diesen Reformentwurf aus, das entspricht etwa der positiven Bewertung des Mazowiecki-Balcerowicz-Programms vor den polnischen Reformen. Wie hoch ist das Vertrauen zum jetzigen Ministerkabinett? Nach der Preissteigerung und der ersten Kompensationsauszahlung liegt die Antwort, glaube ich, auf der Hand. Es bleibt nur zu erfahren, ob die Zentralgewalt bereit ist, diesen Faktor in Betracht zu ziehen. Welche Schritte wird sie unternehmen? Das Schicksal der Wirtschaft wird nach wie vor von Politikern entschieden. ■

Aus der Debatte innerhalb der KPdSU

Die Mittelposition

In der Sowjetunion findet die Debatte auch unter Genossen statt, wobei die «Dogmatiker» den «Neuerern» einander gegenüberstehen. Aber es gibt auch die Mittelposition ideologieverpflichteter Reformanhänger. Ein Beispiel dieser Argumentationslinie sei hier vorgestellt.

Im Zuge von Perestrojka und Glasnost sind in der UdSSR theoretische Grundsätze in Frage gestellt worden und alte Wahrheiten ins Wanken geraten. Eine lebhafteste Ideologie-Debatte wird in der KPdSU ausgetragen.

Seine Überlegungen zum Verhältnis von allgemeinen menschlichen Werten und Klasseninteressen sowie zur Bewertung der sowjetischen Geschichte aus heutiger Sicht legt W. Romanow dar, ein Volksdeputierter der UdSSR. Wie üblich beruft auch er sich auf Lenin, der vom Vorrang der allgemeinen menschlichen Werte gegenüber den Klasseninteressen sprach. Wörtlich schreibt Romanow: «Im Zuge des Kampfes gegen den Dogmatismus und für den Vorrang der allgemeinen menschlichen Werte werden heute alle Prinzipien, einschliesslich der klassenmässigen Erscheinungen, umfassend entideologisiert.»

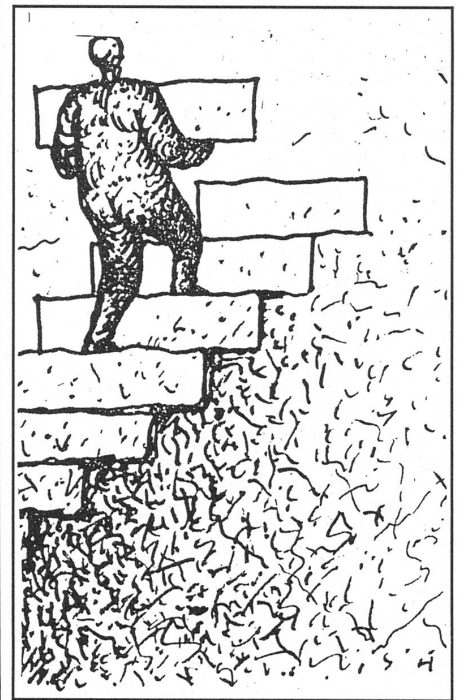
Dennoch sei jeder Sowjetbürger bewusst oder unbewusst Träger der Ideologie einer Klasse, einer sozialen Schicht oder einer Gruppe. Der Verfasser setzt sich für eine Neubesinnung ein und meint, die Partei müsse die allgemeinen menschlichen Werte in den Vordergrund rücken. Es gelte jetzt «überholte Stereotypen und Prinzipien zu revidieren». An die Allmacht des Zentralismus glaubten nur noch wenige Doktrinäre. Zwischen Sozialismus und Kapitalismus solle eine weltweite Allianz angestrebt werden, um die Probleme der Gegenwart zu lösen. Der Inhalt der Begriffe «Klasseninteresse» und «Proletariat» sei zu überprüfen. Im Wirtschaftssystem sei das sozialistische Grundprinzip «Jedem nach seiner Leistung» gefordert.

Romanow beklagt den Widerspruch der Formel «Staatsinteressen stehen über den persönlichen Interessen». Wörtlich sagt er: «Wir brauchen ein System von Wirtschaftsbeziehungen, das sowohl arbeitende als auch arbeitsunfähige Menschen sozial absichern und die ökonomische und kulturelle Ent-

wicklung der verschiedenen Völker ausgleichen könnte, die sich in die Struktur der multinationalen Staatlichkeit eingeschaltet haben.»

Abschliessend verteidigt der Volksdeputierte den «Kollektivismus», den er als einen wichtigen sozialistischen «Wert» bezeichnet. Er bedeute die Fähigkeit, sich über die persönlichen Interessen zu erheben. Nur er gewährt die «Solidarität mit arbeitenden Menschen und eine kreative Güte. Daher ist es völlig unzulässig, Kollektivismus und allgemeinen menschliche Werte einander gegenüberzustellen.»

Zusammenfassung: Siegfried Röder



«Neue Zeit», Moskau, Nr. 11/1991.